

Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten

Ein Verbundprojekt von Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Bundes- und Landesvereinigungen für Gesundheit, Krankenkassen und Ärzteverbänden, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Partnerorganisationen

Kurzdarstellung

Der bundesweite Kooperationsverbund wurde 2001 von der BZgA initiiert und wird zurzeit getragen aus einer Zusammenarbeit zwischen BZgA, allen Landesvereinigungen für Gesundheit, der Bundesvereinigung für Prävention und Gesundheitsförderung, dem BKK-Bundesverband und den Ersatzkassen VdAK/AEV. Der Kooperation gehören alle Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, weitere Krankenkassen, Bundesverbände der Ärzteschaft, fünf Wohlfahrtsverbände und drei Länderministerien an. Insgesamt sind 52 Partnerorganisationen im Kooperationsverbund vertreten. Die Arbeit des Kooperationsverbundes wird begleitet durch einen Arbeitskreis aus nationalen und internationalen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheitsförderungs- und Wohlfahrtsbereich.

Das zentrale Ziel ist die Stärkung und Verbreitung guter Praxis in Projekten und Maßnahmen der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten.

Hierzu wurde im Auftrag der BZgA durch die Landesvereinigung Gesundheit Berlin im Herbst 2002 eine bundesweite Erhebung von Projekten und Maßnahmen mit Aussendungen an Institutionen und Verbände aus dem Gesundheits- und Sozialbereich auf Bundes-, Landes- und Kreisebene durchgeführt. Nach einer umfassenden Aktualisierung der Daten und einer technischen Überarbeitung der Datenbank im Jahr 2007 sind zurzeit mehr als 1.700 Angebote online recherchierbar.

Die Datenbank ist eingebettet in die Internet-Plattform www.gesundheitliche-chancengleichheit.de. Hier finden sich weitere aktuelle Informationen, Veranstaltungshinweise und Forschungsergebnisse zum Themenbereich.

Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Auswahl und Präsentation von Beispielen guter Praxis der sozillagenbezogenen Gesundheitsförderung. Die Beispiele sollen zur Nachahmung motivieren und damit den Prozess der Qualitätsverbesserung unterstützen. Hierzu hat der beratende Arbeitskreis Kriterien guter Praxis entwickelt, die Grundlage eines Auswahlprozesses in Zusammenarbeit mit Partnern in den Bundesländern sind. Weitere Informationen zum Good Practice-Prozess finden sich auf der Website www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice und in der Veröffentlichung aus der Fachheftreihe „Gesundheitsförderung konkret“ der BZgA,

Bd.5: „Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten, Ansatz – Beispiele - Weiterführende Informationen“¹, die inzwischen in dritter, erweiterter Auflage vorliegt.

Um die Vernetzung auf Ebene der Bundesländer zu unterstützen, wurden Regionale Knoten aufgebaut, die seit Anfang 2007 in allen 16 Bundesländern arbeiten. Diese knüpfen mit ihrer Arbeit an landesbezogene Strukturen an (z.B. Landesgesundheitskonferenzen) oder bauen neue Arbeitskreise mit Landes- und kommunalen Akteuren auf, um den Austausch zwischen den Akteuren zu verbessern und Good Practice-Projekte zu identifizieren, zu fördern und zu verbreiten. Sie verwenden hierzu die im beratenden Arbeitskreis der BZgA entwickelten Kriterien guter Praxis und das konsentiertere Auswahlverfahren. Ziel der Arbeit ist, Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten einen größeren Stellenwert in der Praxis von Maßnahmenanbietern, aber auch bei der künftigen Ausgestaltung des Gesundheitswesens zu verschaffen. Die Qualität der Projekte und Maßnahmen wird partizipativ mit den Projektträgern weiterentwickelt. Förderungswürdigkeit wird geprüft.

Informationen zu den Arbeitsinhalten der Regionalen Knoten finden sich unter www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/:regionale-knoten.

¹ Fachheft als PDF herunterladbar auf www.bzga.de unter Forschung/Fachpublikationen

Die Partner im Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“

- AOK-Bundesverband
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
- Barmer Ersatzkasse
- BKK Bundesverband
- Bund Deutscher Hebammen e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
- Bundesärztekammer
- Bundesverband der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst
- Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen
- Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes
- Bundesvereinigung für Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
- Bundeszahnärztekammer
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
- Deutscher Caritasverband e.V.
- Deutscher Olympischer Sportbund
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Volkshochschulverband (DVV)
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
- Deutsches Rotes Kreuz
- Diakonisches Werk der EKD e.V.
- Gesunde Städte-Netzwerk
- Gesundheit Berlin e.V.
- Gmünder Ersatzkasse
- Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG)
- Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
- Hochschulen für Gesundheit e.V.
- IKK-Bundesverband
- Internationaler Bund (IB)
- Knappschaft
- Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. (LAGS)
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
- Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit NRW
- Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. (über IPP Universität Bremen)
- Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Schleswig-Holstein e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (Agethur)
- Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V.
- Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Brandenburg
- Nationale Armutskonferenz
- Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin
- Stiftung SPI
- Techniker Krankenkasse (TK)
- Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V. / Arbeiter-Ersatzkassen-Verband VdAK/AEV
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsgruppe Public Health